

Die Arbeitnehmerorganisationen und ihr Beitrag zur Entwicklung der Berufsbildungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft

Eine im Rahmen des Projekts „Rolle der Sozialpartner in der beruflichen Bildung“ im Auftrag von CEDEFOP erstellte Untersuchung durch

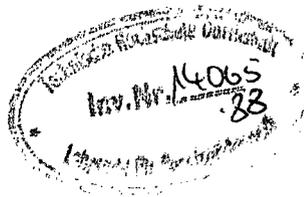
Horst Lemke

1. Auflage, Berlin 1987

*Herausgeber:*

CEDEFOP — Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung  
Bundesallee 22, **D-1000 Berlin 15**  
Tel: (0 30) 88 41 20, Telefax: (030) 88 41 22 22;  
Telex: 1 84 163 eucen d

Das Zentrum wurde durch Verordnung (EWG) Nr. 337/75 des Rates der Europäischen Gemeinschaften errichtet



THD - Berufspädagogik, Bibliothek

Bibliothek für Berufspädagogik  
TU Darmstadt



59179594

## INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Vorwort	1
I. Rahmenbedingungen und Kernfragen	3
1. Mitwirkung der Sozialpartner konstitutiv	3
2. Fragen zur Beurteilung der Rolle	3
3. Systembedingungen prägen Einflußmöglichkeiten	4
3.1 Berufsbildung ist nicht allein öffentli- che Aufgabe	5
3.2 Einfluß der Sozialpartner hat viele Quellen	5
3.3 Besondere Beziehungen der Sozialpartner zur Berufsbildung	6
4. Rolle der Sozialpartner nicht auf Beziehungen zu Rat und Kommission beschränkt	7
5. Formale Möglichkeiten größer als tatsächlicher Einfluß	7
6. Rolle der Sozialpartner ist auch Aufgabe der Gemeinschaft	8
II. Politiken der Arbeitnehmerorganisationen auf europäischer Ebene	9
1. Die Positionen der Europäischen Gewerkschaf- ten	9
1.1 Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Ausgangspositionen	9
1.2 Auf dem Wege zu gemeinsamen Politiken	10
1.3 Die Positionen des EGB	10
1.3.1 Gemeinsame Grundsätze	11
1.3.2 Forderungen und Vorstellungen für die EG-Ebene	15
1.4 Gewerkschaften und Paritätische Aus- schüsse	16
1.5 Die Politik der Gewerkschaftsausschüsse	17
2. Die verschiedenen Politikfelder	18
3. Formen der Einflußnahme	19
3.1 Allgemeiner Meinungs- austausch	19
3.1.1 Spitzengespräche	19
3.1.2 Regelmäßige Konsultationssit- zungen	20
3.1.3 Fachgespräche	20

3.2	Information der Kommission	21
3.3	Stellungnahmen zu einzelnen Vorhaben und Problemen	21
3.4	Gremienmitwirkung	22
III.	Die Organisation der Arbeitnehmerinteressen	23
1.	Demokratien brauchen Kooperation	23
1.1	Ständiger Abstimmungsbedarf	23
1.2	Gute Interessenorganisation vergrößert Einfluß	23
2.	Gewerkschaftliche Organisationen auf EG- Ebene	25
2.1	Branchenübergreifende Organisationen	26
2.1.1	Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB)	26
2.1.1.1	Interregionale Gewerkschaftszu- sammenschlüsse	27
2.1.1.2	Europäisches Gewerkschaftsin- stitut (EGI)	28
2.1.2	Beratender Gewerkschaftsausschuß bei der OECD	29
3.	Gewerkschaftsausschüsse - Branchenorgani- sationen	33
3.1	Europäischer Metallgewerkschaftsbund in der Gemeinschaft (EMB)	33
3.2	Europäische Föderation der Agrarischen Gewerkschaften in der Gemeinschaft	35
3.3	Europäische Regionalorganisation des Internationalen Bundes der Privatange- stellten (EURO-FIET)	36
3.4	Europa-Ausschuß der Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe (PTT)	37
3.5	Montanausschuß	37
3.6	Europäischer Ausschuß der Lebens-, Ge- nußmittel- und Gastgewerbe-Gewerkschaf- ten in der IUL (EAL-IUL)	38
3.7	Gewerkschaftlicher Verkehrsausschuß in der Europäischen Gemeinschaft	39
3.8	Europäisches Gewerkschaftskomitee der Lehrer (EGKL)	40
3.9	Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH)	41
3.10	Europäischer Gewerkschaftsausschuß Textil, Bekleidung und Leder	42
3.11	Weitere Gewerkschaftsausschüsse	43
IV.	Institutionelle Mitwirkung der Sozialpartner	45
1.	Grundlinien der institutionellen Mitwirkung	45
1.1	Grundidee in den Gründungsverträgen an- gelegt	45

1.2	In den Gründungsverträgen vorgesehene Mitwirkungs-gremien	45
1.3	In der "Europäischen Praxis" durchgesetzte Gremien	46
1.4	Gemeinsamkeiten und Besonderheiten	46
2.	Die Mitwirkungsinstitutionen im einzelnen	48
2.1	Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament	48
2.2	Der Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)	49
2.3	Ausschüsse des Rates und der Kommission	49
2.3.1	Ständiger Ausschuß für Beschäftigungsfragen	54
2.3.2	Dreierkonferenz	55
2.3.3	Val Duchesse	56
2.4	Ausschüsse der Kommission	58
2.4.1	Beratender Ausschuß der EGKS	58
2.4.2	Beratender Ausschuß für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	59
2.4.3	Ausschuß des Europäischen Sozialfonds	59
2.4.4	Beratender Ausschuß für die Berufsbildung	62
2.5	Sektorale Paritätische Ausschüsse	65
2.5.1	Gemischter Ausschuß Stahl	66
2.5.2	Gemischter Ausschuß Kohle	67
2.5.3	Paritätischer Ausschuß für die sozialen Probleme der Landwirtschaft	69
2.5.4	Paritätischer Ausschuß für die Sozialen Probleme in der Seefischerei	71
2.5.5	Paritätischer Ausschuß für die Binnenschifffahrt	72
2.5.6	Paritätischer Ausschuß für den Straßenverkehr	72
2.5.7	Paritätischer Ausschuß für die Eisenbahnen	73
2.5.8	Weitere Formen des Sozialen Dialogs auf sektoraler Ebene	73
2.6	Europäisches Zentrum für die Forderung der Berufsbildung	76
2.6	Andere internationale Institutionen	77
2.7.1	Europarat	77
2.7.2	Internationale Arbeitsorganisation	80
2.8	Grenzen des Einflusses und Veränderungsmöglichkeiten	81
V.	Instrumente der Europäischen Gemeinschaft	83
1.	Möglichkeiten der EG bestimmen Rolle der Sozialpartner	83
2.	Verordnungen	84

3. Richtlinien	84
4. Entscheidungen	86
5. Empfehlungen und Stellungnahmen	86
6. Europäischer Sozialfonds	87
7. Europäischer Regionalfonds	88
8. Sonstige Finanzhilfen	89
8.1 Sektoren gemeinsamer Politik	89
8.2 Integrierte Mittelmeerprogramme	90
9. Förderung von Modellmaßnahmen und Studien	91
10. Forschungsförderung	91
11. Information und Dokumentation	92
12. Tagungen, Seminare, Kolloquien	93
13. Resumee	94
VI. Rolle der Sozialpartner am Beispiel konkreter EG-Aktivitäten	97
1. Beispiel: Europäischer Sozialfonds	97
2. Beispiel: Berufsbildungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft während der 80er Jahre	101
3. Beispiel: Angleichung der Ausbildung	103
4. Beispiel: Die Rolle der Sozialpartner im Text der Ratsbeschlüsse	104
VII. Besondere Entwicklungen in verschiedenen Sektoren	106
1. Das unterschiedliche Engagement in den Sektoren	106
2. Besondere Entwicklungen in ausgewählten Sektoren oder Branchen	108
VIII. Zusammenfassung, Einschätzungen, Anregungen	110
1. Die derzeitige Rolle der Arbeitnehmer	110
1.1 Weitgehende Beteiligung bei der Meinungsbildung	110
1.2 Beeinflussung der Rolle der Sozialpartner durch die Gemeinschaft	111

1.2.1	Prinzipielle Mitwirkungsfreundlichkeit	111
1.2.2	Aktivierung durch CEDEFOP	111
1.2.3	Begrenzte Möglichkeiten der Gemeinschaft setzen engen Rahmen für die Rolle der Sozialpartner	112
1.2.4	Größerer Einfluß der Gemeinschaft geht parallel mit weniger Einfluß der Sozialpartner	112
1.2.5	Keine Mitwirkungsmöglichkeit im Bereich der Bildungsminister	113
1.3	Probleme auf der Arbeitnehmerseite	113
1.3.1	Hoher Aufwand erforderlich	113
1.3.2	Nationale Interessen dominieren oft die Haltung der Arbeitnehmervertreter	114
1.3.3	Entwicklung gemeinsamer Positionen fortgeschritten	114
1.3.4	Nur in wenigen Sektoren spezielle Berufsbildungsaktivitäten	115
1.3.5	Gewerkschaften können nicht alle Mitwirkungsmöglichkeiten ausschöpfen	115
1.4	Allgemeine Feststellungen	116
1.4.1	Je früher, um so wirkungsvoller	116
1.4.2	Rolle der Sozialpartner besser organisiert	116
2.	Antwort auf die Kernfragen	117
3.	Überlegungen zur Stärkung der Verantwortung der Sozialpartner und ihres Einflusses	118
3.1	Verbesserungen im gegebenen Rahmen	119
3.1.1	Mehr materielle Hilfe für die Gewerkschaften	119
3.2	Strukturelle Weiterentwicklungen	120
3.2.1	Selbstverwaltung in der Berufsbildung	120
3.2.2	Bessere Beteiligung der Sozialpartner bei der Durchsetzung der Gemeinschaftspolitik in den Mitgliedstaaten	121
3.2.3	Mehr Rechte für die Sozialpartner	121
ANHANG		122
	Verzeichnis der Abkürzungen und der gewerkschaftlichen Organisationen auf EG-Ebene	122